

heilig. Das könnte, was so wagen, ist, von "Wichtigkeit" zu machen. Mit über 20 Millionen Mitgliedern könnte es die Gewerkschaften der westlichen Nationen gegen Steuerzahler und Steuerzahler, gegen Kapitalisten und Ausbeuter des Arbeiters verteidigen. Gegen eine gefüllte Macht wären auch Gewerkschaften nicht zu haben. In dem Kampfe, die Gewerkschaften und Gewerkschaften? Sie stehen als Schießenträger hinter den Gewerkschaften SED, der und schützen vor „geradem“ Kapitalismus! Ja, es ist ein Wunder, daß die Bourgeoisie die Stärke des Proletariats verlässt! Für die Kapitalistische Krise war die Steuerfrage als eine Frage der Moral, insbesondere eine Nachfrage. Und die Macht der Bourgeoisie kann nur durch eine größere Macht des Proletariats gebrochen werden. Das ist ohne die in den Gewerkschaften und Gewerkschaften organisierten Kräfte nicht möglich. Diese Kräfte allein gilt es zu erobern, wenn wir aus den Organisationen Kampfgruppen, aus den zehnenden Mitgliedern Kampfgruppen machen wollen.

So führt uns die Steuerfrage wie jede andere Angelegenheit des proletarischen Klassenkampfes auf die Notwendigkeit, mit höchster Energie in den Gewerkschaften und Gewerkschaften zu arbeiten. Wir sollen die neue Fülle von sozialen Tatsachen des Steuerzahls und Zollwuchers benutzen, um die Massen aufzutreten und zur Ablösung des Ausbeuterjodes zu organisieren. Alles Arbeit, Arbeit, Arbeit für den Befreiungskampf des Proletariats! Erobert die Gewerkschaften und Gewerkschaften für den Klassenkampf zurück, damit kämpft ihr auch gegen Joch und Steuerzahler!

Die Politik der 23 ist die Politik der Gesamt-SPD.

Heute ist die Partei des Arbeitervolks.

Die 23 der SPD-Faktion des sächsischen Landtages hatten durch Robert Wirth enttäuschen lassen, doch sie nun nicht mehr schweigen, sondern sich verteidigen werden. Jetzt haben sie dem „Vorwärts“ eine Aufschrift gefunden, in dem sie vom Parteivorstand der SPD fordern, er solle endlich offen bekennen, daß er sie, die 23, bedient, daß sie keine, die Politik der SPD machen. Die Fragen an den Parteivorstand sind sehr eindeutig und enthalten den Arbeitern das Manöver des Parteivorstandes und gleichzeitig aber auch die mögliche Rolle der „Punkten“. Die 23 fragen:

„Warum hat der Parteivorstand nicht endlich den Mut zu bekennen, daß die Fraktionsmehrheit Sachsen bisher im Einvernehmen und sogar auf Veranlassung des Parteivorstandes und im Gesamtinteresse der deutschen Partei gehandelt hat?“

Warum vergibt der Parteivorstand mitzuteilen, daß alle von ihm bisher gemachten Vorschläge zur Beilegung des Sachsenkonflikts von der Fraktionsmehrheit unterstützt wurden, von den sächsischen Interessen und der Fraktionsminderheit aber drastisch abgelehnt worden sind?

Warum sagt der Parteivorstand nicht, daß seine Auffassung auch heute noch dahingehend, daß auch nach einer Beilegung und Neuwahl des Landtags eine Koalitions politik in Sachsen notwendig sein wird?

Warum hält der Parteivorstand mit der Tatsache zurück, daß die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit seit mindestens 1½ Jahren, also lange vor den Ausschlußanträgen, durch die Bezirksvorstände systematisch von allen Versammlungen ferngehalten wurden und daß ihnen in der Parteipresse die Möglichkeit genommen war, auf die unwahren Behauptungen und Verleumdungen durch die Ministerialistisch zu antworten oder sie auch nur zu berichten?

Warum endlich informiert der Parteivorstand die Öffentlichkeit nicht auch darüber, daß die Fraktionsminderheit, alle Erwähnungen des Parteivorstandes in den Wind schlägt, den gemeinsamen Fraktionsvorschlägen fernbleibt, dafür aber fortgelegt die Fraktionsmehrheit öffentlich bestimmt und durch unmögliche Anträge und Radikalismus die parlamentarische Arbeit zu hindern sucht?“

Der Parteivorstand der SPD antwortet auf diese Fragen, doch er die große Linie in Sachsen vollständig bedeckt.

Arbeiter, Kollegen, erkennst das Manöver, überlegt euch, wohin ihr in dieser Partei nicht mehr sein könnt.

Die Sozialdemokraten als Verbündete der Justizreaktion

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags wurde gestern die Beratung des Justizrechts zu Ende geführt. Es wurden damit dem Staatsministerium für das Instrument der Klassenpolitik erlaubt, wie im Vorjahr 183,5 Millionen Mark 268,7 beschafft, trotz der finanziellen „Notlage“ des Staates.

Die kommunistischen Vertreter im Ausschuß machten einen Versuch zugunsten der Gefangenen, deren Haftersatz um vorhergehenden Tage der Genossen Mengel wirkungslos vergeblich war, noch herauzuholen, was möglich war. Leider scheiterten alle diese Bemühungen daran, daß alle bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, unter Anträge niederschmettern.

Um den fortgelegten Haftersatz zu befehligen, der an den Gefangenen dadurch verübt wird, daß man ihnen aus einem kleinen Bruchteil des Lohnes auszahlt, den sie durch ihre Beihilfung tatsächlich verdient haben, hätten unsere Genossen beantragt, den vollen Lohn zu zahlen. Die Sozialdemokraten kamen mit den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Fraktionen überein.

Die Sozialdemokraten lehnten jerner ab, daß die Gefangenen die einbehaltene Haftersatzzeit bei der Entlastung voll ausgeschüttet erhalten. Sie und das Zentrum hatten beantragt, daß die Gelder, soweit sie durch die Justiz getrennt seien, nur bis zur Höhe von 30,- Mark erfaßt würden. Wohlgemerkt — es handelt sich dabei um Gelder, die den Gefangenen zwangsweise einbehaltet wurden und für deren Sicherung und Entfernung nur Staat unbedingt zu sorgen hatte. Die Beiträge, die dem Einzelnen auf diese Weise geräubt wurden, gehen in die Hunderter von Tausend.

Die Sozialdemokraten weigerten sich auch, für unseren Antrag zu stimmen, der eine volle Entschädigung der Schöffen und Schöffenwesen auch hinsichtlich des entgangenen Arbeitsverdienstes forderte, deren Betrag 2000 Mark nicht übersteigt. Damit haben die Sozialdemokraten befunden, daß die Ausbildung von Erwerbsberatern, besonders von Arbeitern, bei der Rechtsprechung noch wie vor wollen, daß sie wollen, doch ein Arbeiter, wenn er sich zum Schöffen oder Schöffenwesen berufen läßt, darf mit höherem Lohnverlust belastet werden.

Die Sozialdemokraten lehnten dann auch konsequenterweise unseres Antrags auf Unentgeltlichkeit der Rechtspleiße ab. Sie traten aber mit einer ausdrücklichen Erklärung des Abgeordneten Siegfried Röbeln für die Beibehaltung der Waffen in den Strafvollstreckung ein. An ihre Stelle treten und treten zu gehen, lehnen sie ab mit der Begründung, sie würden bei späterer Belegerung darauf zurückkommen.

Sie haben nämlich wiederum in gemeinsamer Front mit den anderen bürgerlichen Parteien alle Anträge, die eine Ver-

befreiung des Strafvollzugs verlangen, abgeschrallen auf einen beliebten Ausschuß, der erst noch vom Landtag eingesetzt werden soll. Sie beweisen damit, daß ihnen eine schwere Hilfe benötigt und daß sie mit der Kirchenpolitik und ihren mittlerweile bekannten Haftmethoden des Strafvollzugs ihren Frieden gemacht haben. Ihre Kritik war lediglich Theaterdrama, um die Tatsache zu verschleiern.

Die deutsche Antwortnote über den Sicherheitspakt

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie mitgeteilt wird, wird die Antwortnote über den Sicherheitspakt Sonnabend nach Paris geliefert. Im Auswärtigen Ausschuß gab Stassemann den Inhalt der Note bekannt. Die Ausprache ergab, daß der Auswärtige Ausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit den Grundgedanken der deutschen Antwortnote zu肯定. Ebenso wurde bei der gestern in der Reichstagswahl abgehaltenen Sitzung der Reichstag mit dem Gesamt- und Ministerpräsidenten der Länder auf Grund der Ausprache, die sich an die Darlegungen des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen anschloß, eine allgemeine Zustimmung zu dem Inhalt der deutschen Note zur Sicherheitsfrage festgestellt.

Die deutsche Arbeiterdelegation in den Leningrader Butikow-Werken

Moskau, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Heute besuchte die deutsche Arbeiterdelegation zum zweiten Male die Butikow-Werke, wo sie die Arbeit des Betriebsrates, der Krankenkasse, der Arbeitsversicherung in den Werkstätten usw. studierte. Die Delegierten betonten, daß in keinem anderen Lande ein so sozialistisches Betriebsrätegebot existiert. Ferner wurde die Gewerkschaftsliste des Jahres besichtigt, die auf die Delegierten einen großen Eindruck gemacht hat. In mehrstündigem Unterhaltsung mit den Arbeitern lädt die Delegierten alle Einzelheiten der Gewerkschaftsliste. Nachmittags wurden einige Konsumgenossenschaften besichtigt. Ihnens fand zu Ehren der Delegation ein großes Konzert statt, das von den Butikowarbeitern aus eigenen Kräften veranstaltet wurde. Morgen fährt die Delegation nach Moskau ab, wo sie drei Tage verbringen wird. Danach wird die Delegation verschiedene Städte besuchen. Die Delegation wird drei Gruppen bilden, die die Arbeitsverhältnisse im gesamten Industriegebiet, im Uralgebiet und im Südsibirien studieren werden. Die Delegation beabsichtigt, in der Sowjetunion einen Monat zu verbringen.

Schwedische Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland

Leningrad, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In den allerhöchsten Tagen wird die Ankunft einer schwedischen Arbeiterdelegation in Leningrad erwartet, bestehend aus Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern verschiedener Industriebetrieben, darunter Gewerkschaftsfunktionäre. Die Russlandreise dieser Delegation, die von der Redaktion des „Söderby-Dagblad Politiken“ und von der Zentrale der Kommunistischen Partei Schwedens organisiert wurde, hat das größte Interesse der schwedischen Arbeiterschaft hervorgerufen. Es waren decimal mehr Delegierte, als wie angemeldet. In Kiew ist eine Delegation der österreichischen Eisenbahner eingetroffen, die die Ukraine bereisen wird, um die Lage der Eisenbahner zu studieren.

Zugang der Metallarbeiter-Internationale

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorstand der Metallarbeiter-Internationale tritt am Sonntag in Wien wieder zusammen. Vor allem soll Befehl über eine internationale Aktion zur finanziellen Unterstützung der Streikenden gegeben werden. Vorläufig wurden der belgischen Zentralstreikleitung von der Metallarbeiter-Internationale 500 000 Franken zur Verfügung gestellt.

Zodesurteile gegen Fememörder

Im Prozeß gegen die nördlichen Fememörder, der vor dem Schweriner Schwerterricht seit acht Tagen unter verschlossenen Türen stattfand, wurde das Urteil gefällt. Es lautet gegen den Oberleutnant a. D. Kalla und den Maurer Koch aus wegen gemeinschaftlichen Mordes auf Todesstrafe, gegen Oberleutnant a. D. Schöler wegen Mordversuch zum Tode auf Todesstrafe und wegen Mordversuch zum Tode aus drei Jahren Jachthaus, gegen den Handwerk Bocza wegen Mordversuch zum Tode auf Todesstrafe, gegen den Maurer Wissow auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Der Maurer Wissow, Angehöriger der Mordorganisation Kochbach, haben den Kochbach-Mann Holtz, einen Angestellten aus Berlin, in der Nähe von Wismar heimtückisch ermordet, nachdem vorher in großer Eile die Todesurteile gegen die Mörder verkündet worden waren.

Zum erstenmal hat ein deutsches Gericht sozialistische Mörder zum Tode verurteilt. Aber die „Objektivität“ der bereits international so berüchtigten deutschen Justiz kann keinen Fehler machen. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit, damit die Mordorganisation Kochbach und ihre Hintermänner, die eigentlichsten Auftraggeber, im Dunkeln bleiben könnten. Dagegen wurde wegen des Schusses auf den Spiegel Kochbach, im Leipziger Spiegelprozeß, eine wilde vierwöchige Justizkomödie ausgezogen und gegen die KPD die tollsten Verleumdungen geschleudert.

Die Schweriner Todesurteile sind zweifellos, oft gefällt worden, nachdem die Amnestierung der Mörder absolut sicher zu erwarten war. Wenn es nach den Plänen der Hitler-Regierung ginge, würden sämtliche verurteilte Täterschaften einschließlich der Schweriner Fememörder und der noch lebenden Rathenau-Mörder amnestiert, während die meisten proletarischen politischen Gefangenen nicht amnestiert werden sollten. Der „Vorwärts“ deutet ebenfalls in diesem Sinne, indem er schreibt:

„Vielleicht hat aber dieser Ausgang des Schweriner Prozesses wenigstens das Gute, daß die Widerstände gegen die unbedingt notwendige Amnestie sich jetzt leichter überwinden lassen.“

Die Arbeiterschaft muß die Zusammenhänge richtig erkennen und auf dem Posten sein. Es darf nicht sein, daß die politischen Mörder amnestiert werden, währenddem die im Leipziger Spiegelprozeß Verurteilten hingerichtet oder im Kerker zum Tode geauft werden, währenddem Max Holtz und die anderen „Spiegelkämpfer“ Verurteilten als „gemeine Verbrecher“ im Jachthaus bleiben sollen. Das Schweriner Jachthausurteil kann auf keinen Fall den Justizmord an all den tausenden proletarischen politischen Gefangenen rechtfertigen.

Auch wenn die Hitler-Regierung glauben sollte, mit dem Hinweis auf das plötzliche Schweriner Todesurteil die Verweigerung der Amnestie für die verurteilten Proletarier wagen zu können, so ist sie auf dem Holzweg. Die Arbeiterschaft wird so lange den Kampf um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen steigern, bis die Vollkommenheit erreicht ist.

Herzens mit den politischen Gefangenen!

Die Freiheit der proletarischen Gefangenen auf dem 19. August der KPD.

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der zeitige Sitzungsgang des 19. Parteitages der KPD wurde unterbrochen durch das Eröffnen der Frauen der politischen Gefangenen auf der Tribüne des Saales im Preußischen Landtag erheiternden Protestierinnen, Arbeiterfrauen mit verhornten Gesichtern. In ihrer Begleitung befand sich ein Mensch, der die ganze Stunden noch nach Simonatzer hast das Gefangen von Cottbus verlassen hatte. Eine dieser Frauen mit ihrer rauen Stimme in einfacher, ungeschmückter Sprache protestierte, „Wir sind“, sprach die Proletarierin, „in der KPD, in der KPD, gekommen, als der einzige Partei, die sich der politischen Gefangenen annimmt. Unsere Männer schmachten hinter den Gefängnismauern der Bourgeoisie, während die Soldaten und Soldaten der Arbeiterschaft frei herauslaufen. Wir rufen die ganze Menschheit auf: „Macht Schlaf mit dieser Schmach!“ Ihr Kommunisten kommt! Unterstützt uns! Wir die Kommunisten, die Note hilft unterstüzt unsere Gefangenen und uns. Wir wollen mit euch Kommunisten gemeinsam kämpfen! Kämpft für die Vollkommenheit der proletarischen Kämpfer!“ Tief erschüttert hörte der Parteitag den Ruf der Gefangenen. Die Befreiungsdelegation des Parteitages verzog sich dieser Ruf der Frauen der politischen Gefangenen einer kleinen Wiederholung gefunden hat. In allen Teilen des Reiches wo die Delegierten nach dem Parteitag zurückkehrten, legten hier Wiederholung ein. „Herzens mit den politischen Gefangenen!“

Neuer Mietmischer

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) 2. Regierungspartei haben im Reichstag einen Gesetzentwurf für Bedeutung des Reichsmietengesetzes eingereicht, der die Erhebung einer Zuladung enthielt.

Parcell zum Abgeordneten gewählt

Wien, London, 16. Juli. Bei der Erstwahl vor zwei Tagen wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Parcell mit 11 629 Stimmen gewählt. Der konsernative Kandidat zählte 8607, der liberale 3774 Stimmen. Das Ergebnis der Wahl wurde von der Arbeiterpartei im Unterhaus mit Erfolg aufgenommen.

Der Wahlkampf war sehr heftig. Die englische Presse beschimpft Parcell wegen seiner Sympathie für Sovjetunion als „Bolschewisten“. Nun, Kommunist ist Parcell nicht, aber ein ehrlicher, aufrichtiger Gewerkschaftsführer, der für längere Zeit um die Gewerkschaftseinheit, als auch in der Entwicklung der sozialdemokratischen Lügen über die Sowjetunion große Verdienste erworben hat. Auch wir begrüßen diesen Wahlausgang in der Hoffnung, daß er im Unterhaus als unersetzlicher Wortführer der Arbeiterschaft auftreten wird.

Reitereien französischer Truppen

U. Madrid, 16. Juli. In Madrid wird offiziell bekannt, daß die Riffabalen habe Taza, einen strategisch wichtigen Platz von Taza, eingenommen haben und die Fahrtroute nach Fez beherrschen. Die Franzosen sind in den letzten Tagen gewungen gewesen, mehrere Abteilungen zurückzuziehen, da sich die Massenwehen weiter zu häufen.

Aus den im allgemeinen unklaren Berichten aus Marokko geht hervor, daß die Zuge zu einzelnen Punkten der Front nicht einheitlich ist. So haben sich die Riffabalen in der Gegend von Beni-Moussa gehalten wo ein Bataillon algerischer Schiiten eingekesselt ist. Die Verbindung zwischen Beni-Moussa und Taza ist unterbrochen. Dagegen scheint die Vorort Abd el Krim, 12 Kilometer von Taza entfernt, ihre Stellung nicht halten zu können. Truppen, die von abgefallenen Riffabalen gestellt wurden, und reguläre Kontingente haben die Bergfesten überschritten. Bei den Djeballas und Djebabs und ebenso bei den benachbarten Städten der Oueds der Oueds der internationalen Zone, sowie in dem Abschnitt von Taza werden Truppenbewegungen gemeldet.

Auf der geraden Front entfaltet der Feind, um Taza gegen die Riffabalen zu unternehmen, überall Einbrüche im Rücken der Front zu suchen, sowie lokale Angriffe, namentlich nördlich von Taza. Diese Tötigkeit scheint das Gerüst einer bevorstehenden Offensive zu bestätigen. Noch einem Bericht der Pariser „L'Humanité“ des „Daily Mail“ habe der Stamm der Gjata Abgeordneten zu Abd el Krim geschildert es sei das erste Mal, daß ein Stamm nach der Großen Straße, die Marokko in zwei Teile teilt, einen derartigen Schritt unternommen. Wenn die Bewegung auf die Grenze des mittleren Atlas übergreift, so würden die Spanier für die französische Armee sehr grau werden. Die Riffabalen machen hier und dort, wo sie gerade können, Einnahmen. Man sei immer sofort gezwungen, Abteilungen zu entsenden, um diese Städte zu stoppen. Abd el Krim habe noch immer die Initiative in Händen. Seine Reserven seien ungeheure. Die Spanier warten nur auf seinen Sieg, um sich ihm anzuschließen.

Neue Schlappe der Franzosen

London, 17. Juli. Die Riffabalen nahmen den südlichen Teil von Nihama, einige Kilometer südwestlich von Taza und 19 Kilometer nordöstlich von Wegaz, erbeuteten 2000 beträchtliches Material und nahmen 12 französische Offiziere gefangen. Nach diesiger Niederlage hängt die plötzliche Entwicklung von Taza zusammen, wie mit der weiteren im Süden befindlichen Schleuse im Tagadit-Bereich.

Marshall Petain mit frischen Truppen nach Marocco

Paris, 18. Juli. (Telunion.) Marshall Petain persönlich fuhr früh Toulouse im Flugzeug und wird am Dienstag in Marocco eintreffen. Seine Aufgabe besteht nach einer neuen Version der Abendblätter darin, die Zusammenlegung eines bedeutenden Riffabals zu überwachen, das aus den größten Abteilungen des französischen Materialbestandes gebildet werden soll. Dieses Corps soll in siegende Kolonnen geschafft werden, die jeden Augenblick an beliebigen Punkten der Front eingesetzt werden können. Ferner ist er beauftragt, nach einer längeren Inspektionsreise des Regierung einen Offensivplan zur Unterstützung Abd el Krim zu erarbeiten. — Zwei Divisionen, die marokkanische und die tunisische, wurden von der Front zurückgezogen und durch frische Truppen, in erster Linie durch Algerierregimente, ersetzt. Die Blätter berichten die letzten Kampfberichte mit sichtlicher Konsistenz. „Paris Soir“ weiß darauf hin, daß die Anwesenheit von drei Oberkommandierenden in Marocco, Petain, Petain und Raulin, auf eine gewisse Kopflösigkeit der verantwortlichen Stellen schließen läßt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Abdankung Qaschabs unmittelbar bevorsteht. Der Posten des Generalsekretärs in Marocco wurde, wie „Paris Soir“ erzählt, dem Sozialisten Paul Bontout angeboten. Dieser habe indessen aus Gesundheitsgründen das Angebot abgelehnt.